

# Deutliche Kritik aus der Nachbarschaft

Debatte um Sondergebiet „Regenerative Energien Vogging“ in der jüngsten Gemeinderatssitzung

**Rattenbach.** Im Zentrum einer mehrstündigen Sitzung hat der Gemeinderat Rimbach die Stellungnahmen zur ersten Änderung des Sondergebiets „Regenerative Energien Vogging“ behandelt. Die Maßnahme stößt vor allem bei den Anwohnern in unmittelbarer Nachbarschaft auf deutliche und umfassende Kritik.

„Im September 2025 haben wir die erste Änderung beschlossen“, teilte zu Beginn der Sitzung Bürgermeister Otto Fisch mit. Dabei soll die bestehende Biogasanlage verändert und erweitert werden. Danach wurde im Herbst die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden durchgeführt. Während viele Fachstellen keine Einwände erhoben, gingen mehrere teils sehr umfangreiche Stellungnahmen ein. Auch drei Anwohner hatten schriftlich bei der Gemeinde ihre Einwände vorgebracht und zum Bauprojekt Stellung genommen. Was die öffentlichen Stellungnahmen betrifft, wird das Projekt grundsätzlich nicht in Frage gestellt. Dabei wurde jedoch mehrfach auf notwendige diverse Emissionsgutachten verwiesen.

## Anwohner befürchten Verlust von Lebensqualität

Die Regierung von Niederbayern etwa sieht das Vorhaben grundsätzlich positiv und betont, dass die Erweiterung der Biogasanlage „den Erfordernissen der Raumordnung nichts entgegenzuhalten“ sei. Anders äußerte sich das Landratsamt Rottal-Inn (Technischer Umweltschutz). Oh-

ne immissionsschutzrechtliche Gutachten könne „keine Aussage über die Genehmigungsfähigkeit“ getroffen werden. Die Verwaltung verwies darauf, dass entsprechende Gutachten inzwischen vorliegen und in die Planung eingeflossen sind. Die Untere Naturschutzbehörde hob die Bedeutung einer nahegelegenen Extensivwiese hervor. Laut Verwaltung wird der sogenannte „Critical Load“ dort nicht überschritten.

Deutliche Kritik kam jedoch aus der Nachbarschaft. Gleich drei ausführliche Stellungnahmen sind in der Gemeinde eingegangen und wurden verlesen. Besonders ausführlich äußerten sich die Eigentümer eines Wohnhauses knapp 200 Meter von der Biogasanlage entfernt. In allen drei Stellungnahmen schildern die Anwohner eine bereits heute angespannte Situation. Zum einen die Geruchsbelastung und zum anderen der Lärm durch Fahrzeuge, Aggregate oder nächtliche Anlieferungen. Dazu komme der Schwerlastverkehr, der die Zufahrtswege belaste. All dies bedeute eine starke Einschränkungen der Lebensqualität.

Zudem sind die Nachbarn auch besorgt um den Immobilienwert. Grundsätzlich würde die geplante Erweiterung diese Belastungen „erheblich verstärken“, heißt es in der Stellungnahme. Kritisch sehen die Nachbarn auch die geplante Tierhaltung. Die Dimensionen des neuen Stalls seien „vollkommen übertrieben“ und passten „in keinsten Weise in unsere Kulturlandschaft“.

„Darüber hinaus erscheint aus heutiger Sicht fraglich, wie eine Anlage dieser Art ursprünglich



**Keine Erweiterung** der Biogasanlage in Vogging: Das fordern Anwohner in mehreren Stellungnahmen an die Gemeinde. – Foto: red

mit einem Abstand von rund 200 Metern zu bestehender Wohnbebauung genehmigt werden konnte“, heißt es in der ersten Stellungnahme, die vorgelesen wird. Die Nachbarn fordern eine aktualisierte sicherheitstechnische Bewertung, insbesondere wegen der Nähe zur Wohnbebauung. Sie gehen davon aus, dass Biogasanlagen ein erhöhtes Gefährdungspotenzial darstellen, das bei der Planung nicht ausreichend berücksichtigt werde.

„Deshalb ist sicherzustellen, dass geeignete Sicherheitsvorkehrungen und Notfallpläne bestehen und regelmäßig überprüft werden. Wir bitten um Einsicht bzw. Offenlegung der einschlägigen Sicherheitsnachweise und Brandschutzkonzepte“, so die Forderung in einem Schreiben. Angeprangert wurde die nicht ausreichende Transparenz bei der Projektplanung. „Wir haben Verständnis für landwirtschaftliche Interessen und die Bedeutung re-

generativer Energien. Fortschritt dürfe nicht bedeuten, dass die Lebensqualität der Nachbarn geopfert wird“, lautet es in der dritten nachbarlichen Stellungnahme.

Die Verwaltung wies in den Stellungnahmen zu den Schreiben darauf hin, dass die geplanten Gebäude „dem derzeit üblichen Maßstab für Tierhaltungsanlagen“ entsprechen. Was den Lärm betrifft, würden die Schallschutzanforderungen eingehalten. Auch der zusätzliche Verkehr führe laut Gutachten nicht zu unzulässigen Lärmbelastungen. Die Verwaltung betont, dass die Tierzahlen klar festgelegt und die alten Ställe stillgelegt werden.

Zudem seien alle Emissionen gutachterlich geprüft worden. Elisa Houdelet von der Verwaltung, wies auf weitere umfangreiche Gutachten, die im Zuge des Bauleitplanverfahrens in den weiteren Verfahrensschritten eingefordert und dann erstellt werden. Aktuell werde in den bereits

vorliegenden Gutachten etwa die Immissionswerte der Luft eingehalten. Zwar werden an zwei Wohnhäusern Geruchsstundenhäufigkeiten von 21 bzw. 23 Prozent prognostiziert, doch liege dies unter dem im Einzelfall zulässigen Wert von 25 Prozent. Zudem verbessere sich mit den Umbauten die Situation gegenüber dem aktuellen Bestand. Günter Wintersteiger von der Verwaltung wies darauf hin, dass die Gutachten an die Fachstellen weitergeleitet und die Zahlen überprüft werden.

„Eine mögliche Genehmigung der Anlage kann nur im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben erfolgen. Auf die Ergebnisse der Gutachten bzw. Allgemeinen Abwägung zu Lärm und Luftreinhaltung wird verwiesen. Private und öffentliche Belange werden untereinander entsprechend abgewogen, die Gemeinde bevorzugt hier nicht Einzelinteressen“, lautet der Wortlaut zum Schluss der letzten Stellungnahme, die Elisa Houdelet vorlas.

## Abbruch der Kläranlagen in Rimbach und Dietring

Grundsätzlich konnte das Gremium die Kritikpunkte nachvollziehen. „Wir wissen, dass die Anwohner schon jetzt sehr belastet sind“, betonte Gemeinderätin Sabine Stöger-Kopp. Ihre Gremiumscollegin Marianne Strobl stellte auch die Größenordnung dieses Bauvorhabens in Frage: „Ist das zumutbar?“

Bürgermeister Otto Fisch und die Gremiumsmitglieder dankten den Bürgerinnen und Bürgern für

ihre ausführlichen Eingaben, folgte jedoch in allen Fällen den Empfehlungen der Verwaltung. Die Stellungnahmen wurden jeweils „zur Kenntnis genommen“, Änderungen am Bebauungsplan erfolgten nur punktuell – etwa durch die Festlegung der Tierzahlen nach Altersklassen. Im Anschluss billigte der Gemeinderat den Bebauungsplanentwurf und beschloss dessen öffentliche Auslegung. Gemeinderätin Marianne Strobl stimmte dagegen. Die Diskussion dürfte damit nicht beendet sein.

Neben dem Projekt in Vogging behandelte der Gemeinderat weitere Punkte: Die aufgelassenen Kläranlagen in Rimbach und Dietring sollen vollständig abgebrochen werden. Der Gemeinderat stimmte zu, Angebote dafür einzuholen. Auch bei der Wahlhelferentschädigung hat sich der Gemeinderat festgelegt. Da sich bei einer Abfrage die Mehrheit der Wahlhelfer gegen ein Erfriechungsgeld aussprach, wird die Gemeinde bei der bisherigen Praxis der Versorgung mit Getränken und Essen bleiben.

Der Haushalt für 2026 steht am Donnerstag, 19. März, ab 19 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses in Rattenbach bei der Sitzung des Gemeinderates auf der Tagesordnung. Weitere Punkte der öffentlichen Sitzung sind die Bildung einer Erschließungseinheit in Unterrohrbach, Beschluss über die Finanzplanung und das Investitionsprogramm 2025 bis 2029, Änderung der Festlegung für das Bewerbungsverfahren 2026 der Vergabe von Baugrundstücken im Baugebiet „Am Schelmberg“, Mitteilungen und Infos sowie Wünsche und Anregungen. – chr